



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**

im Abgeordnetenhaus von Berlin

# PRESSEDIENST

Niederkirchnerstraße 5  
D-10111 Berlin  
Fon (030) 23 25 24 50/51  
Fax (030) 23 25 24 09

Pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de  
www.gruene-fraktion-berlin.de

## Datum

07.07.2008

## Nummer

324/2008

## Redaktion

-yv-

## Verkehr/Ausschreibung

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

### **VBB-Chef: Ausschreibung brachte mehr Qualität, Fahrgastzuwächse und Kostenersparnis**

In einer auf Antrag der Linken nichtöffentlich durchgeführten Anhörung des Verkehrsausschusses erklärte der VBB-Vorsitzende Hans-Werner Franz, dass auf allen ausgeschriebenen Bahnstrecken äußerst erfolgreiche Ergebnisse erzielt werden. Auf allen Trassen habe sich die Qualität des Angebots erhöht, die Verkehrsleistung sei gestiegen. So gibt es beispielsweise bei der ODEG einen Fahrgastzuwachs von 25%. Gleichzeitig haben sich die Kosten für die öffentliche Hand um 10-30% verringert.

Der VBB-Chef berichtete außerdem, dass die DB-AG und ihre Töchter Bahnhöfe und Netz vernachlässigen und die Nutzungsgebühren für diese schlechtere Qualität kontinuierlich erhöhen.

Die S-Bahn erwirtschaftet jährlich 40 Millionen Euro Gewinne, die sie an den Mutterkonzern abführt. Statt in Netz und Bahnhöfe zu investieren, schönt die DB mit diesen Gewinnen die Bilanzen für den Börsengang. Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, dass die Koalition die Nord-Süd-S-Bahntrasse nicht ausschreibt. Diese Entscheidung unterstützt den Börsengang der Bahn, schadet der Umwelt und den Fahrgästen.

Dabei hat die S-Bahn gute Chancen, bei einem guten Angebot ein Ausschreibungsverfahren zu gewinnen. An Stelle der Gewinne, die an die Bahn abgeführt werden, würden Angebotsverbesserungen und Einsparungen in Höhe von mindestens 40 Millionen Euro treten.

Wir fordern den Senat auf, aus den positiven Erfahrungen des Wettbewerbs zu lernen und durch Ausschreibungen mehr Verkehrsleistung in besserer Qualität zu günstigeren Preisen zu akquirieren. Nur so ist erfolgreiche Umwelt- und Sozialpolitik zu machen.